

# Antrag A001

**Betr.: Das Beste liegt vor uns – die Chancen des demografischen Wandels nutzen.**

**Antragsteller: Landesvorstand**

1 Im Jahr 2015 sind in Bayern 3,3 Mio. Menschen über 60 Jahre alt. Im Jahr 2028  
2 werden es bereits 4,1 Mio. Menschen sein, Tendenz weiter steigend. Der  
3 demographische Wandel stellt Bayern und ganz Deutschland vor wirtschaftliche,  
4 soziale und gesellschaftliche Herausforderungen. Er bietet uns aber auch die  
5 Chance, unsere Gesellschaft neu zu gestalten, im Miteinander von Alt und Jung,  
6 getragen von Toleranz, Respekt und Mut.

7 Das Ziel der FDP Bayern ist es, die Dynamik und Begeisterung der Jungen mit  
8 der Erfahrung und dem Wissen der Älteren zu vereinen. Unsere Aufmerksamkeit  
9 richten wir dabei gleichermaßen auf die Anerkennung und Honorierung der  
10 Lebensleistung der Älteren und die Sicherstellung der Zukunftschancen der  
11 jungen Generation. Unser Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme müssen flexibler  
12 und moderner werden. Unsere Bildungssysteme müssen lebenslanges Lernen  
13 unterstützen. Unsere Infrastruktur müssen wir anpassen, um Mobilität und  
14 Selbstständigkeit auch im Alter zu ermöglichen.

15 Die FDP steht für zukunftsweisende, nachhaltige Konzepte für eine liberale  
16 Gesellschaft und Wirtschaft, die die Realität anerkennen.

## 17 **1 Zukunftsweisende Bildung**

18 Wir setzen uns ein für die beste Bildung in Bayern in einem vielgliedrigen,  
19 durchlässigen Bildungssystem, um passgenaue Bildungsangebote in Stadt und  
20 im Land zu gewährleisten. Beides ist möglich.

21 § Die FDP Bayern bekennt sich zum Erhalt der wohnortnahen Schule, als  
22 unerlässlichem Baustein einer flächendeckenden Bildungsinfrastruktur. Schulsprengel aber  
23 sollen künftig nicht mehr verpflichtend sein, sondern lediglich ein Recht auf Aufnahme  
24 darstellen.

25 § Ein eigenverantwortliches Schulsystem, in dem Schulen sich mit eigenem  
26 Budget selbstständig optimal an den Bedarf anpassen können und sich die  
27 Finanzierung an der Schülerzahl orientiert.

28 § Auch bei sinkenden Schülerzahlen über die nächsten Jahre sollen  
29 Lehrerstellen soweit erhalten werden, dass ein höherer Betreuungsschlüssel  
30 erreicht wird.

31 § Ungelernte, vor allem Jugendliche, sowie junge Erwachsene ohne  
32 berufsbildenden Abschluss oder Schulabschluss sollen die Möglichkeit erhalten,  
33 sich in einzelnen Bereichen zu qualifizieren und dafür anerkannte Zertifikate zu  
34 erhalten. Gleichzeitig muss die Unsitte beendet werden, dass Lehrkräfte mit Zeitverträgen  
35 vor Beginn der Ferien ausgestellt und in die Arbeitslosigkeit geschickt werden, um sie sechs

36 Wochen später wieder neu einzustellen. Dieses Verhalten ist des Freistaates Bayern  
37 unwürdig.

38 § Mehr Flexibilität im Lehrerberuf ist nötig. Wir fordern dafür den Verzicht auf die  
39 Verbeamtung sowie deutschland-, am besten aber europaweit einheitliche  
40 Qualitätsstandards für Hochschulabschlüsse für Lehrer, um diesen zu  
41 ermöglichen, örtlich mobil zu werden. Das gleiche gilt auch für die Vergleichbarkeit der  
42 Lerninhalte. Der Wettbewerb findet längst nicht mehr zwischen Bayern, Sachsen und Baden-  
43 Württemberg statt, sondern weltweit. Deshalb benötigen wir bundesweit vergleichbare  
44 Standards. Dabei sollen nicht Lehrpläne vereinheitlicht werden, sondern Abschlüsse und die  
45 Lernziele, die in einer Jahrgangsstufe erreicht werden müssen.

46 § Keine Absenkung der Qualitätsstandards oder Ausdünnung von Lehrinhalten  
47 bei Schul- und Hochschulabschlüssen zugunsten Erzielung höherer  
48 Absolventenzahlen oder Vereinheitlichung von Ausbildungszielen.

49 § In einer älter werdenden Gesellschaft muss lebenslanges Lernen zur  
50 Selbstverständlichkeit werden. Wir fordern daher bessere Angebote von  
51 Weiterbildungsmaßnahmen während des Berufslebens und sinnvolle  
52 Umschulungsangebote an ältere Arbeitnehmer in körperlich anstrengenden  
53 Berufen, um diese länger am Erwerbsleben teilhaben zu lassen.

54 § Hinsichtlich der neuzuziehenden Menschen kann die schnellstmögliche  
55 Integration nur durch Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen und durch das  
56 zügige Erlernen unserer Sprache gewährleistet werden.

## 57 **2 Zukunftsfähige Sozialsysteme**

58 Der weiter steigende Altersdurchschnitt der deutschen Bevölkerung stellt die  
59 Sozialsysteme vor besondere Herausforderungen. Dem Versprechen von der  
60 sicheren Rente schenkt niemand mehr Glauben. Familien allein können die  
61 Versorgung von Kindern und die Selbständigkeit im Alter kaum noch  
62 gewährleisten.

### 63 **2.1 Rente**

#### 64 **2.1.1 Grundsystem der staatlichen Altersvorsorge**

65 § Das umlagebasierte System der gesetzlichen Rentenversicherung bleibt als  
66 eine von drei Säulen der Altersvorsorge bestehen und wird zu Gunsten einer  
67 Stärkung der privaten bzw. betrieblichen Altersvorsorge durch Rentenkürzungen  
68 zurückgefahren, um die Demographiefestigkeit zu gewährleisten.

#### 69 **2.1.2 Renteneintritt**

70 § Ein starres Renteneintrittsalter entspricht nicht mehr den Lebensentwürfen des  
71 21. Jahrhunderts. Künftig soll es möglich sein, den Renteneintritt frei zu wählen.

72 § Die Altersrente ist unter versicherungsmathematischen Abschlägen vor  
73 Erreichen der Regelrenteneintrittsgrenze möglich.

74 § Für niemanden soll Arbeit auch und gerade im Alter unattraktiv gemacht  
75 werden. Deshalb sollen jegliche Zuverdienste auf die abschlagsfreie  
76 Grundsicherung anrechnungsfrei bleiben.

### 77 **2.1.3 Grundsystem der privaten und betrieblichen Altersvorsorge**

78 § Verwendung der betrieblichen Altersvorsorge für den Erwerb von Wohneigentum.  
79 Vorhandenes Wertguthaben aus der betrieblichen Altersvorsorge darf beliehen oder vorläufig  
80 entnommen werden zum Erwerb von Wohneigentum.

81 § Übertragbarkeit bei Wechsel des Arbeitgebers ist zu garantieren.

82 § Das Ob und die Höhe privater und betrieblicher Altersvorsorge fallen in die  
83 individuelle Lebensplanung und Eigenverantwortung jedes Bürgers. Gerade  
84 Selbstständigen (und hierbei insbesondere Gründern) darf die notwendige  
85 Flexibilität für Investitionen in ihr Unternehmen gerade zu Beginn nicht  
86 genommen werden. Diese Investitionen sind auch ein gleichwertiger Weg der  
87 Vorsorge, die durch eine starre Beschränkung auf die Versicherungswirtschaft  
88 erschwert würden. Als Liberale wollen wir eine möglichst große Vielfalt der  
89 Vorsorgeformen (ohne Bevorzugung bestimmter Wege) sowie eine möglichst  
90 hohe Flexibilität in der Lebensplanung jedes einzelnen Bürgers ermöglichen.

### 91 **2.1.4. Keine Durchgriffshaftung**

92 § Keine Durchgriffshaftung mehr für den Arbeitgeber (Haftung für die externe Zusage). Die  
93 Haftung des Arbeitgebers wird begrenzt auf die Verpflichtung (Garantie) zur  
94 Beitragsabführung.

### 95 **2.2 Gesundheit und Pflege**

96 § Dies erfolgt über individuelle Versicherung bei privaten Anbietern, die ebenso  
97 wie die Versicherten zum Abschluss verpflichtet sind (doppelter  
98 Kontrahierungszwang). Der Sozialausgleich für diejenigen, die sich aus eigenen  
99 Einkünften keine Basisversicherung leisten können, wird aus Steuermitteln  
100 bestritten.

101 § Ziel einer zukunftsorientierten Sozialpolitik muss es sein, Selbständigkeit im  
102 Alter zu erhalten. Hier sind flexible Modelle wie generationsübergreifende  
103 Wohnprojekte und Selbsthilfegruppen zu fördern, um die Pflege zu Hause  
104 durchführen zu können. Die wohnortnahe ärztliche, insbesondere auch  
105 notfallmedizinische, psychotherapeutische und die pflegerische Versorgung müssen  
106 flächendeckend  
107 sichergestellt werden.

108 § Prävention ist die Herausforderung der Zukunft, um Menschen möglichst lange  
109 gesund und leistungsfähig zu halten. Nichtsdestotrotz fehlen oft  
110 wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, welche Präventionsmaßnahmen wirklich  
111 zielführend sind. Die FDP Bayern fordert daher, Präventionsmaßnahmen  
112 wissenschaftlich zu begleiten und damit einen effizienten Einsatz der Methoden  
113 zu erreichen. Prävention und Früherkennung sollen nicht zur Beruhigung des  
114 sozialen Gewissens dienen, sondern die Gesunderhaltung effektiv fördern.

115 § Bei einem immer größeren Bedarf an Fachkräften im Pflege- und  
116 Gesundheitswesen müssen Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf der  
117 Suche nach einem Beruf attraktivere und qualitativ hochwertigere Ausbildungs-  
118 und Berufsbedingungen geboten werden. Die Rahmenbedingungen müssen  
119 sowohl hinsichtlich der finanziellen Situation als auch der gesellschaftlichen  
120 Anerkennung verbessert werden. Die geplante generalistische Ausbildung in der Pflege darf  
121 nicht zu einer schlechteren Qualität in der Altenpflege führen. Wir fordern zudem die  
122 Erleichterung der  
123 Zuwanderung nach Deutschland für qualifizierte Pflegekräfte auch aus  
124 Drittstaaten.

125 § Mehr Vertrauen und Eigenverantwortlichkeit und weniger Kontrolle. Die  
126 bürokratischen Anforderungen in Pflegeheimen müssen auf ein erträgliches und  
127 inhaltlich sinnvolles Maß reduziert werden, um wieder Zeit für Zuwendung und  
128 Gespräch zu finden.

### 129 **3 Flexibler Arbeitsmarkt**

130 Durch die demographische Alterung wird die Zahl der Erwerbspersonen stark  
131 sinken. Gleichzeitig erleben wir einen großen Zustrom durch Flüchtlinge aus  
132 verschiedensten Krisenregionen der Welt. Die Unternehmen stehen vor der  
133 Herausforderung, wie sie Personal an sich binden und neue Fachkräfte  
134 gewinnen können. Dies gilt umso mehr, als sich der Trend zur wissensbasierten  
135 Arbeitswelt fortsetzen und das Segment niedrigqualifizierter Arbeitsplätze weiter  
136 verringern wird. Um den notwendigen Bedarf an Fachkräften zu decken, müssen  
137 alle vorhandenen Potentiale im Inland ausgeschöpft werden, dies gilt  
138 insbesondere auch für die neu hinzugekommenen Flüchtlinge. Deren Integration  
139 kann vor allem dann gelingen, wenn auch eine Integration in den Arbeitsmarkt  
140 gelingt, vom ungelerten Arbeiter bis zum Akademiker. Es muss aber auch  
141 verstärkt qualifiziertes Personal aus dem Ausland gewonnen werden.

142 § Die Entscheidung für Kinder darf nicht automatisch eine Entscheidung gegen  
143 den Beruf sein. Auch deshalb ist der Kinderfreibetrag auf das Niveau des  
144 Grundfreibetrages anzuheben. Die Eltern können sich dann frei für eine von  
145 ihnen gewählte Betreuungsform entscheiden.

146 § Ältere Menschen sind mit ihrem Erfahrungsschatz ein wertvoller Teil vieler  
147 Betriebe und heute oft gesundheitlich in der Lage und motiviert, länger im  
148 Berufsleben zu bleiben. Der Staat sollte sich deshalb von einem starren  
149 Renteneintrittsalter verabschieden beziehungsweise Anreize schaffen, die  
150 körperliche Belastung für ältere Arbeitnehmer durch Weiterbildung oder  
151 Umschulungen zu reduzieren.

152 § Die Subventionierung von Frühverrentungen (auch Rente mit 63) und  
153 Altersteilzeit ist einzustellen.

154 § Deutschland soll für die Arbeitsmigration ein „Expression of Interest System“  
155 einführen. Personen, die Interesse an Arbeit in Deutschland haben, melden sich  
156 über einen Online-Antrag und werden in einen Kandidaten-Pool der  
157 Bundesagentur für Arbeit aufgenommen. Firmen können Vorschläge zu Ihrem  
158 Personalbedarf bei der Bundesagentur für Arbeit online selbst abrufen und

159 geeignete Kandidaten, möglichst mit nur einem Klick, über die Agentur  
160 kontaktieren.

161 § Um qualifizierten Zuwanderern einen Aufenthalt zur Arbeitssuche in  
162 Deutschland zu ermöglichen, soll zusätzlich ein Punktesystem eingeführt werden,  
163 das sich an Kriterien wie Bildungsgrad, Sprachkenntnissen, Alter und  
164 Fachkräftebedarf am Arbeitsmarkt orientiert.

165 § Ausländische Abschlüsse sind schnellstmöglich zu prüfen und bei Vorliegen  
166 der Voraussetzungen anzuerkennen.

167 § In Zukunft soll es für Asylbewerber und auch abgelehnte Asylbewerber möglich  
168 sein, eine Aufenthaltserlaubnis mindestens für die Dauer einer Ausbildung oder eines  
169 Arbeitsverhältnisses zu erhalten.

#### 170 **4 Nachhaltige Landesentwicklung und Infrastruktur**

171 § Die Infrastruktur muss sich den Menschen anpassen. Während immer mehr  
172 Menschen in die Ballungsräume sowie in die Hochschul- und Universitätsstädte  
173 ziehen, verliert der ländliche Raum zunehmend Einwohner.

174 § Für eine nachhaltige Landesentwicklung Bayerns muss deshalb in den  
175 Ballungsräumen mehr Wohn- und Lebensraum geschaffen werden, etwa durch  
176 Nachverdichtung und zusätzliche Flächen in Städten der „kurzen Wege“ mit  
177 einem effizienten ÖPNV. Schnellere Genehmigungsverfahren in den  
178 Baugenehmigungsbehörden und eine Anpassung der Bayerischen Bauordnung  
179 sollen dies ermöglichen.

180 § In betroffenen Regionen sollen steuerliche Anreize gerade für den  
181 Geschosswohnungsbau in Form einer degressiven AfA (Absetzung für  
182 Abnutzung) wieder eingeführt werden, um gerade in Ballungsräumen wichtige  
183 Impulse zu setzen und das Angebot an Wohnraum erhöhen.

184 § Die bestehende Trennung zwischen Gewerbe und Wohnen muss flexibilisiert  
185 werden. Leider versuchen viele Kommunen die angespannte Situation im ländlichen Raum  
186 durch die Etablierung von Kommunalunternehmen (KU) entgegenwirken zu können. Wir  
187 fordern die stetige Überprüfung dieser Modelle und fordern die Kommunen auf, durch  
188 Auftragsvergabe und Kooperationsmodelle bestehende Privatunternehmen zu fördern, statt  
189 staatswirtschaftliche Experimente durchzuführen. Bestehende KU mit anhaltenden  
190 Negativbilanzen sollen aufgegeben und die Unternehmensanteile in die Privatwirtschaft  
191 veräußert werden.

192 § Gleichzeitig ist es erforderlich, das „Gießkannen“- Prinzip in der Förderpolitik  
193 einzustellen. Gemeinden und Kommunen müssen vom Freistaat dort im Rückbau  
194 von nicht mehr benötigten Flächen und Gebäuden in Regionen unterstützt  
195 werden, wo diese nicht mehr benötigt werden. Dabei müssen  
196 Siedlungsschwerpunkte mit Nah- und Gesundheitsversorgung sichergestellt  
197 werden. Hierzu gehören auch eine ÖPNV- Verbindung, z.B. in Form von  
198 Anruf-Sammel-Taxis bzw. Kleinbussen und eine angemessene  
199 Internetverbindung.

#### 200 **5 Barrierefrei und nachhaltig bauen**

201 · Eine älter werdende (Single-) Gesellschaft benötigt mehr Barrierefreiheit im  
202 öffentlichen Raum und Wohnungen ohne Schwellen, um weiterhin  
203 selbstbestimmt leben zu können. Hierbei müssen wir anerkennen, dass im  
204 Bestand unserer Städte und Gebäude eine Barrierefreiheit unser Ziel sein  
205 muss, da nicht jede DIN- Vorschrift sofort umgesetzt werden kann. Der Freistaat  
206 Bayern steht in der Pflicht, nicht nur Vorbild zu sein, mit seinen öffentlichen  
207 Gebäuden und im ÖPNV, bei Bahnhöfen, Bushaltestellen sondern für seine  
208 Barrierefreiheitspläne den Kommunen auch ausreichend Geldmittel  
209 bereitzustellen, um die ambitionierten Ziele der Staatsregierung bis 2023  
210 umsetzen zu können.

211 · Die überwiegende Mehrheit der Menschen will in den eigenen vier Wänden alt  
212 werden. Pflege im Alter zu Hause kommt den Staat auch günstiger. Dies  
213 entlastet die Pflegekassen. Gleichzeitig muss ein selbstbestimmtes Leben und  
214 Fortbewegen ermöglicht werden, um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in  
215 jeder Lebenslage zu sichern.

216 · Neben einer wohnortnahen Versorgung (Nahversorgung, Gesundheit, Freizeit)  
217 müssen auch alternative Wohnformen, wie Senioren- WGs,  
218 Mehrgenerationenhäuser und betreutes Wohnen besser unterstützt werden.

219 · Wohnen im Eigentum bedeutet Unabhängigkeit, gibt Sicherheit und reduziert  
220 Altersarmut. Wir fordern die Senkung der Grunderwerbssteuer sowie den Entfall  
221 beim Erwerb der ersten Immobilie. Wir unterstützen genossenschaftliche Modelle  
222 oder auch begünstigte Betriebswohnungen. Die Kleinvermieter sind im Mietrecht  
223 besser zu schützen. Dies lohnt sich auch für den Sozialstaat, da gerade bei  
224 sinkenden Renten oftmals Wohngeldunterstützung in Anspruch genommen  
225 werden muss.

## 226 **6 Wandlungsfähige Gesellschaft:**

227 Eine Gesellschaft, deren Altersstruktur sich grundlegend verändert, steht vor  
228 immensen Herausforderungen. Wir würdigen die Lebensleistung älterer  
229 Menschen und wollen diesen die Chance geben, ihr ganzes Leben nach ihren  
230 Vorstellungen zu gestalten. Genauso muss die Politik die Interessen der jungen  
231 und der kommenden Generationen berücksichtigen, auch wenn sie zahlenmäßig  
232 kleiner und leiser werden. Für eine zukunftsfähige Gesellschaft fordern wir:

233 § Familie ist für uns überall dort, wo mehrere Menschen gegenseitig Verantwortung  
234 füreinander übernehmen. Wir setzen uns daher für die Schaffung des neuen Rechtsinstituts  
235 der Eingetragenen Verantwortungsgemeinschaft ein, die allen volljährigen Personen  
236 (unabhängig vom Geschlecht) offen stehen und an die Stelle der traditionellen staatlichen  
237 Ehe treten soll.

238 § Die Abschaffung der Altersobergrenze bei Bürgermeistern und Schöffen, um  
239 die Lebenserfahrung älterer Menschen sinnvoll nutzen zu können.

240 § Die Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen älterer Menschen durch die  
241 Verbesserung des Angebots der Ehrenamtskarte. Dieses Angebot soll besser  
242 publik gemacht werden, die Voraussetzungen zur Erlangung einer solchen Karte

243 sollen abgesenkt und die damit zu erhaltenden Vergünstigungen vor Ort  
244 ausgeweitet werden.

245 § Das Wahlalter für die Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre herab zu  
246 setzen, um auch jüngeren Menschen mehr Gewicht bei demokratischen  
247 Entscheidungen zu verleihen und im gegenseitigen Respekt einer  
248 fortschreitenden Verlagerung des Alters der Wähler nach oben  
249 entgegenzuwirken.

250 § Die Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe durch Schaffung von  
251 Begegnungsstätten für Jung und Alt und die Weiterführung der Förderung durch  
252 den Bund.

253 § Die Benennung einer Ombudsperson für zukünftige Generationen im Landtag  
254 und im Bundestag, um bei jedem Gesetzesvorhaben den Aspekt seiner  
255 Auswirkungen auf die Zukunft zu prüfen und eine repräsentative Stimme für  
256 diejenigen zu haben, die selbst nicht dort sprechen können.